

Classe politique



Sebastian Kurz

Marianne Binder

Sebastian Kurz, Jungtalent, wird zum internationalen Werbekasperl. Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur schaltet ab Montag Inserate, in denen sie maliziös fragt, ob Kurz wohl ebenfalls einen Kurs in «Foreign Affairs and Applied Diplomacy» besuche. Kurz ist Aussenminister Österreichs. Mit seinen 27 Lenzen freilich ist sein Erfahrungshorizont noch erweiterbar. Und unter den restlichen Studenten würde er kaum auffallen.

Marianne Binder, Altmeisterin, zieht sich in den Aargau zurück. Am Samstag wurde die langjährige CVP-Kommunikationsschefin, die unter anderem als Mutter der CVP-Familieninitiativen gilt, von Parteichef Darbellay vor den Delegierten mit viel Lob aus Bern verabschiedet. Dabei zeichnet sich bereits die Rückkehr der Tochter eines Nationalrats (Anton Keller) und Schwiegertochter eines Ständerats (Jules Binder) ab: Binders Nationalratskandidatur im 2015 gilt als so gut wie sicher – Bern macht süchtig.

Deutliches Nein der CVP

Aus Sicht der CVP Schweiz sollen Schwangerschaftsabbrüche weiterhin von der Grundversicherung bezahlt werden: Sie lehnt die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», über die am 9. Februar abgestimmt wird, ab. Der Entscheid der Delegierten fiel am Samstag in Bern mit 180 Nein-Stimmen gegen nur 28 Befürworter deutlich aus.

Der Thurgauer Nationalrat Christian Lohr hatte die Vorlage erläutert und zur Ablehnung empfohlen. Es gelte «den Angriff auf das Solidaritätsprinzip in der Krankenversicherung» zu stoppen. Die Argumente der Initianten schienen fragwürdig. (sda)



Soll auf die Zuchtverbotsliste des Bundes: Blasenaugen.



Chinesischer Schopfhund.

Bund will neue Instrumente im Kampf gegen Qualzuchten

Verbot hat in der Praxis bisher wenig genützt

Die Zuchtverbände sollen im Kampf gegen leidende Tiere eine zentrale Rolle erhalten. Einige Rassen will Bern gleich ganz verbieten.

Pascal Hollenstein

Auch ohne Gentechnik scheint es kaum eine Grenze für das menschliche Bestreben zu geben, Tiere nach eigenem Gusto zu gestalten. Oft geht es dabei ums Geld: Das einzelne Tier soll zum Beispiel mehr Fleisch produzieren. Bei der Rinderrasse «Blanc bleu belge» etwa ist das Muskelfleisch grotesk vergrössert. Nachteil für das Rindvieh: Bei gewissen Zuchtlinien ist ein natürlicher Wurf nicht mehr möglich. Ohne Kaiserschnitt verendet die kalbernde Kuh.

Oft aber sind auch mehr oder weniger sonderbare ästhetische Vorstellungen Treiber für die Zucht. Sogenannte Blasenaugen bei den Goldfischen etwa sind das Resultat. Manchmal geht es nur darum, den Tieren ein Kunststück anzuzüchten: Bodenpurzler-Tauben sind nahezu flugunfähig und zeigen die für Tauben typischen Flugrollen gut sichtbar am Boden – wo sie sich gelegentlich verletzen.

Seit 2008 ist es in der Schweiz offiziell verboten, Tiere so zu züchten, dass «erblich bedingt

Körperteile oder Organe für den arttypischen Gebrauch fehlen oder umgestaltet sind und dem Tier hierdurch Schmerzen, Leiden oder Schäden entstehen», wie es in der Tierschutzverordnung heisst. Wann genau eine solche Qualzucht vorliegt, ist in der Praxis aber unklar. Die Stiftung Tier im Recht hat vor gut einem Jahr sieben Fälle zur Anzeige gebracht, gerichtlich entschieden ist aber keiner. «Das Qualzucht-Verbot wird in der Schweiz schlicht nicht durchgesetzt», sagt Vanessa Gerritsen von der Stiftung Tier im Recht.

Das soll sich jetzt ändern. Das Bundesamt für Lebensmittel-

sicherheit und Veterinärwesen (BLV) plant, Kriterien für die Einteilung von Schweregraden bei Qualzuchten festzulegen. «Damit werden die Vollzugsorgane, aber auch die Züchter in die Lage versetzt, zu beurteilen, ob konkreter Handlungsbedarf besteht oder nicht», wie Fachbereichsleiter Fabien Loup sagt. Konkret soll erreicht werden, dass Qualzuchten klar und differenziert ermittelt werden können. Das ist nicht so einfach, da es auch innerhalb von Rassen Unterschiede gibt. Bei den Möpsen etwa gibt es Zuchtlinien, die unter chronischen Atembeschwerden leiden; andere Mops-Linien dagegen sind beschwerde-

frei. Geht es nach den Plänen des BLV, so sollen die Zuchtverbände verpflichtet werden, problematische Zuchtmerkmale zu beobachten und zu rapportieren. Liegen diese vor, so sollen die Verbände verpflichtet werden, ihre Zuchtziele anzupassen. Damit sollen «Merkmale, welche dem Tier Schmerzen oder Unwohlsein bereiten, wieder herausgezüchtet werden», wie Loup sagt. Behutsamer will man mit den Züchtern alter, vom Aussterben bedrohter Rassen umgehen. Da dort die Zahl der zur Verfügung stehenden Tiere besonders klein ist, will der Bund den Zuchtorganisationen mehr Zeit einräumen.

In einigen Fällen freilich erübrigt sich das differenzierte Vorgehen, da die gesamte Rasse als Qualzucht gilt. Das BLV will diese gänzlich verbieten. Aller Voraussicht nach werden etwa die Bodenpurzler und die Blasenaugen auf dieser Liste fungieren. Die Vorschläge des BLV sollen im Frühling in die Vernehmlassung geschickt werden.

Vanessa Gerritsen begrüsst die Pläne des Bundes. Es sei richtig, die Zuchtorganisationen in die Pflicht zu nehmen. Allerdings brauche es dann auch «konsequente Kontrollen, ob diese die Massnahmen zur Eliminierung von Qualzuchten auch wirklich umsetzen».



Viel Fleisch: Blanc bleu belge.

In Kürze

FDP sagt Nein zu Pädophilen-Initiative

Die Delegierten der FDP Schweiz haben sich klar gegen die SVP-Initiative «gegen Masseneinwanderung» ausgesprochen. Nur vier der knapp 290 Delegierten waren dafür. Umstritten war die Pädophilen-Initiative. Die Mehrheit der Konferenz der kantonalen FDP-Präsidenten hatte ein Ja empfohlen. Die Delegierten aber sagten mit 181 zu 59 Stimmen Nein und votierten damit implizit für den indirekten Gegenvorschlag des Parlaments, der statt eines lebenslangen ein zehnjähriges Berufsverbot vorsieht. (sda)

BDP klar gegen Mindestlöhne

Die BDP-Delegierten haben am Samstag Nein gesagt zur Initiative für eine Neuregelung der Abtreibungsfinanzierung. Die Ja-Parole fassten sie hingegen zur Fabi-Vorlage für die Finanzierung und den Ausbau der Bahn-Infrastruktur. Eine klare Abfuhr gab es auch für die Mindestlohninitiative des Gewerkschaftsbundes, über die im kommenden Mai abgestimmt wird. (sda)

Unbewilligte Demo gegen Asylzentrum

Rund 250 Personen haben mit einem Protestmarsch gegen das neue Bundeszentrum für Asylbewerber auf dem Juch-Areal in Zürich demonstriert. Die unbewilligte Demonstration ist nach Angaben der Polizei friedlich verlaufen und hat sich gegen Abend aufgelöst. Dazu aufgerufen hatte eine «Plattform gegen rassistische Repression». (zss.)

Chef des «Chilli's» ist wieder frei

Der Chef des Zürcher Sexclubs «Chilli's» ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden, wie Tele Züri und «20 Minuten online» am Samstag berichteten. Der Mann war im Zuge der Zürcher Rotlicht-Affäre verhaftet worden. Auch gegen mehrere Polizisten wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Dabei geht es um Kreditkartenbetrug, Bestechung und Amtsmissbrauch. Der «Chilli's»-Chef bestreitet die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. (zss.)

Gemeinsam gegen Abschottung

Schweizer Städte lehnen die SVP-Initiative ab. Sie ist untauglich und nicht lösungsorientiert.



Alexander Tschäppät
Stadtpräsident
Bern, SP



Stefan Roth
Stadtpräsident
Luzern, CVP



Corinne Mauch
Stadtpräsidentin
Zürich, SP



Thomas Scheitlin
Stadtpräsident
St.Gallen, FDP



Thomas Feurer
Stadtpräsident
Schaffhausen, GLP



Michael Künzle
Stadtpräsident
Winterthur, CVP



Kurt Fluri
Stadtpräsident
Solothurn, FDP

